V2 Sudan nicht vergessen - Genozid stoppen und Waffenexporte beenden !

Gremium:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin
Beschlussdatum:	23.10.2026
Tagesordnungspunkt:	19. Verschiedene Anträge

Antragstext

Hintergrund

Seit April 2023 herrscht im Sudan ein verheerender Krieg zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und der paramilitärischen Miliz Rapid Support Forces (RSF). Nach dem Sturz des langjährigen Diktators Omar al-Bashir 2019 und dem Militärputsch 2021 eskalierte der Machtkampf zwischen den beiden militärischen Akteuren zu einem offenen Krieg. Die Hoffnungen der sudanesischen Demokratiebewegung auf eine zivile und demokratische Zukunft wurden damit gewaltsam zurückgedrängt.

Der Krieg hat eine der schwersten humanitären Katastrophen weltweit ausgelöst. Mehr als 34 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, mehr als 14 Millionen wurden innerhalb des Landes oder über die Grenzen hinweg vertrieben. Hunger, Krankheiten und der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung bedrohen weite Teile der Bevölkerung. Insbesondere in Darfur und Kordofan besteht weiterhin ein akutes Risiko für Hungersnot. Bis Ende des Jahres leiden voraussichtlich 825.000 Kinder unter fünf Jahren an akuter Mangelernährung, einem lebensbedrohlichen Zustand. Konservativen Schätzungen zufolge sind bereits mehr als 150.000 Menschen getötet worden. Die tatsächliche Zahl könnte jedoch wesentlich höher sein. Die UN gehen inzwischen davon aus, dass die Zahl der Todesopfer wahrscheinlich im Bereich mehrerer Hunderttausend liegt (bis zu 400.000). Allein zwischen Januar und Juni 2025 hat das Büro des UN High Commissioner for Human Rights circa 1400 zivile Todesopfer dokumentiert. 1100 Menschen wurden allein in diesem Zeitraum durch den Einsatz von Drohnen getötet.

Menschenrechtsverletzungen

Beide Konfliktparteien sind für schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich. Überlebende berichten von Massenvergewaltigungen, Angriffe auf humanitäre Helfer*innen, Entführungen oder Massenhinrichtungen. Auch sexuelle Gewalt bedroht die Sicherheit von vorrangig Frauen und Mädchen. Die UN haben zwischen Kriegsbeginn und August 2026 838 Opfer sexueller Gewalt dokumentiert. Die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich wesentlich höher. Mit unbemannten Drohnen haben beide Konfliktparteien wieder und wieder Märkte, Schulen, Tankstellen und Infrastruktur zur Wasserversorgung angegriffen.

Besonders erschütternd ist die systematische Gewalt der RSF gegen ethnische Bevölkerungsgruppen in Darfur. Berichte dokumentieren gezielte Tötungen, Vertreibungen, sexualisierte Gewalt und Angriffe auf Zivilist*innen. Die UN-Untersuchungskommission stellte 2026 fest, dass die Verbrechen der RSF Merkmale eines Völkermords aufweisen. Die Gewalt steht in einer historischen Kontinuität mit den genozidalen Verbrechen in Darfur seit den 2000er-Jahren, an denen Vorläufermilizen der RSF beteiligt waren.

Am 6. Juli hat der UN Human Rights Council in seiner Resolution 62/1 die Gewalteskalationen durch die RSF in und um El Obeid klar verurteilt und vor der Gefahr von weitreichender Massengewalt gewarnt. Weiterhin fordert der Rat in der Resolution die Einsetzung einer unabhängigen Fact-Finding Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverstößen. Dieser Forderung schließen wir uns an. Die Verbrechen müssen unbedingt von der internationalen Gemeinschaft untersucht und geächtet werden. Es darf nicht zu Straflosigkeit kommen.

Internationale und deutsche Beteiligung und Verantwortung

Der Krieg und der Genozid werden auch durch internationale Akteure ermöglicht und verlängert, auch aus eigenen Interessen. Bisherige Vermittlungsversuche konnten bislang keinen dauerhaften Waffenstillstand erreichen. Besonders die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) stehen wegen ihrer Unterstützung der RSF stark in der Kritik. UN-Ermittler*innen dokumentierten 2026 Netzwerke zur Finanzierung, Rekrutierung und militärischen Unterstützung der RSF mit Verbindungen in die VAE. Die Emirate weisen die Vorwürfe zurück. Die VAE verfolgen hier eigene wirtschaftliche Interessen über den Ausbau ihres Einflusses am Roten Meer sowie Zugang zum sudanesischen Gold. Auch die SAF werden aus dem Ausland unterstützt (vor allem Ägypten, Saudi-Arabien, Türkei).

Auch Deutschland trägt hier klar Verantwortung. Trotz der UN-Erkenntnisse unterhält die Bundesregierung enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische Beziehungen zu den VAE und exportiert Rüstungsgüter in die VAE. Zwischen Januar 2023 und Oktober 2025 allein genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von rund 244 Millionen Euro. Menschenrechtsorganisationen warnen ausdrücklich vor dem Risiko, dass Waffen an die RSF weitergeleitet werden. Deutsche Rüstungsexporte dürfen nicht dazu beitragen, einen Krieg zu ermöglichen, in dem massenhaft Zivilist*innen getötet und vertrieben werden.

Die UN warnen weiterhin vor der zunehmenden Komplexität des Konflikts. Der Einsatz technisch komplexer Waffensysteme, der direkte Einfluss außenstehender Akteure sowie die kontinuierliche Aufrüstung und zahlenmäßige Zunahme der bewaffneten Akteure innerhalb Sudans tragen zu einer zunehmenden Fragmentierung bei. Neben SAF und RSF sind zahlreiche lokale und regionale Milizen und bewaffnete Gruppen mit ihren eigenen territorialen, politischen und Sicherheitsinteressen in die Kämpfe verwickelt. Dies verschlechtert die Perspektive auf einen stabilen Waffenstillstand und erhöht das Risiko für Zivilist*innen weiter.

Deutschland muss den Opfern der Gräueltaten im Sudan Schutz bieten. Niemand darf in ein Land abgeschoben werden, in dem jegliche Existenz durch Gewalt und humanitäre Notlagen bedroht ist. Es braucht dringend einen bundesweiten Stopp für Abschiebungen in den Sudan. Jegliche Zivilist*innen schweben im Sudan landesweit in Gefahr, willkürlichen Menschenrechtsverletzungen zum Opfer zu fallen. Die Bundesregierung sollte sich zu einem Aufnahmeprogramm inklusive angemessener psychologischer Betreuungsangebote verpflichten. Verfahren zur Einreise und zur Visavergabe müssen schnell, sicher und unbürokratisch gestaltet werden.

Bislang sind sämtliche internationale Vermittlungsversuche gescheitert. Waffenstillstandsvereinbarungen haben nicht standgehalten. Die internationale Gemeinschaft muss sich für einen inklusiven Friedensprozess einsetzen, der die Perspektiven der Menschen vor Ort priorisiert. Zivilgesellschaft und politische

Akteure müssen gleichermaßen in einen solchen Prozess einbezogen werden. Ganz besonders Frauen und Mädchen sowie junge Menschen müssen hier priorisiert werden. Deutschland und die EU müssen sich dringend proaktiv an Gesprächen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien für einen humanitären Waffenstillstand beteiligen. Ein zeitnahes Handeln ist von absoluter Dringlichkeit.

Erschütternd ist besonders der fehlende Raum für die Situation im Sudan in der medialen und politischen Debatte in der deutschen und westlichen Öffentlichkeit. Das Leiden der sudanesischen Bevölkerung geschieht fernab von jedem öffentlichen Aufschrei der internationalen Staatengemeinschaft. Das muss sich ändern. Dieser Antrag soll einen ersten Schritt in diese Richtung gehen.

Beschluss

Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert

1. Einen sofortigen Waffenstillstand und ungehinderten humanitären Zugang zu allen betroffenen Gebieten im Sudan sowie eine deutliche Ausweitung der humanitären Hilfe durch Deutschland und die internationale Gemeinschaft.

2. Die sofortige Aussetzung deutscher Rüstungsexporte an die Vereinigten Arabischen Emirate, solange eine Weiterleitung an die RSF nicht zuverlässig ausgeschlossen werden kann, sowie eine konsequente Kontrolle bestehender Exportgenehmigungen. Außerdem eine Ausweitung des EU-Waffenembargos auf den ganzen Sudan und eine konsequente Durchsetzung.

3. Die Kopplung des derzeit zu verhandelnden Freihandelsabkommens zwischen der EU und den VAE an das Aussetzen von finanzieller, logistischer und militärischer Unterstützung für die RSF. Die EU und Deutschland dürfen kein so weitreichendes Partnerschaftsabkommen mit einer Regierung eingehen, die das genozidale Vorgehen der RSF bewusst unterstützt.

4. Ein umfassendes Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien im Sudan und gezielte Sanktionen gegen Personen, Unternehmen und Netzwerke, die den Krieg und den Genozid durch Waffenlieferungen, Finanzierung oder Rekrutierung unterstützen.

5. Eine stärkere Überprüfung und Sanktionierung der internationalen Finanz- und Handelsstrukturen der Konfliktparteien. Deutschland und die EU müssen vollumfänglich alle zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und diplomatischen Mittel nutzen, um Druck auf die Konfliktparteien auszuüben.

6. Eine unabhängige Aufarbeitung und strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und genozidalen Gewalt, insbesondere durch die Unterstützung internationaler Untersuchungsmechanismen und des Internationalen Strafgerichtshofs. Besonderes Augenmerk sollte hier auf sexualisierte Gewalt gelegt werden.

7. Die Stärkung sudanesischer zivilgesellschaftlicher und demokratischer Akteur*innen, insbesondere feministischer Organisationen, lokaler humanitärer Netzwerke wie Emergency Response Rooms und der sudanesischen Demokratiebewegung. Die politische Zukunft des Sudan muss von seiner

Zivilbevölkerung bestimmt werden – nicht von bewaffneten Milizen oder ausländischen Mächten.

8. Die Schaffung sicherer humanitärer Flucht- und Evakuierungswege durch beispielsweise unbürokratische Visavergabe sowie einen bundesweiten Abschiebestopp in den Sudan.

9. Internationale Initiativen zur Dokumentierung und Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen im Sudan. Die Bundesregierung muss sich auf internationaler Ebene - vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen - für eine solche Mission einsetzen und Bereitschaft signalisieren, sich selbst zu beteiligen.

10. Bessere und umfassende Medienberichterstattung über die Lage im Sudan. Die deutsche Öffentlichkeit muss umgehend über die verheerende humanitäre Katastrophe und die Menschenrechtsverletzungen im Sudan aufgeklärt werden.

11. Die Sicherstellung der umfassenden und gleichberechtigten Beteiligung der sudanesischen Zivilgesellschaft an internationalen Verhandlungen und am Friedensprozess. Alle Perspektiven müssen hier gleichermaßen vertreten sein, besonders die Stimmen marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen.

Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert vom Berliner Senat:

- Vorbereitung eines humanitären Landesaufnahmeprogrammes für besonders schutzbedürftige Menschen aus dem Sudan nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz und Beantragung beim Bundesinnenministerium

- Anstoß einer Bundesratsinitiative für die Auflage eines bundesweiten humanitären Aufnahmeprogramms

- Eine stärkere Unterstützung besonders schutzbedürftiger geflüchteter Menschen aus dem Sudan bspw. durch psychosoziale Versorgung

- Die Stärkung von Berlin als Ort für sudanesische Zivilgesellschaft durch Organisation von Konferenzen für sudanesische Exilaktivist*innen, Frauenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen und auch der finanziellen Unterstützung sudanesischer Diaspora- und Selbstorganisationen

- Die Förderung von Angeboten der politischen Bildung, Informationsmaterialien, Informations- und Diskussionsveranstaltungen und künstlerischen Aufarbeitungen der Lage im Sudan

Die Menschen im Sudan dürfen nicht länger den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen anderer Staaten untergeordnet werden. Menschenrechte und Völkerrecht müssen auch dort gelten, wo ihre Durchsetzung wirtschaftlichen Interessen entgegensteht.

Antrag in einfacher Sprache

Hintergrund

Im Sudan gibt es seit April 2023 einen schlimmen Krieg.
Die sudanesische Armee und eine Miliz kämpfen gegeneinander.
Die Miliz heißt „Rapid Support Forces“ (RSF).

Früher gab es einen Diktator im Sudan. Er hieß Omar al-Bashir.
Nach dem Ende der Diktatur gab es einen Militärputsch.
Seitdem kämpfen verschiedene Gruppen um die Macht.
Die Menschen im Sudan wollten Demokratie. Das bedeutet: Das Volk entscheidet.
Aber die Hoffnung auf Demokratie wurde zerstört.

Der Krieg macht das Leben im Sudan sehr schwer.
Viele Menschen brauchen Hilfe.
Mehr als 34 Millionen Menschen brauchen Hilfe zum Leben.
Mehr als 14 Millionen Menschen sind geflüchtet.
Viele Menschen haben keinen ausreichend zu essen, bekommen Krankheiten oder keine ärztliche Hilfe.
Besonders schlimm ist die Lage in Darfur und Kordofan.
Viele Kinder leiden Hunger. Das ist lebensgefährlich.
Schätzungen sagen: Es sind über 150.000 Menschen im Krieg gestorben. Die Zahl könnte aber größer sein.
Die Vereinten Nationen (UN) glauben: Es könnten bis zu 400.000 Menschen gestorben sein.

Menschenrechtsverletzungen

Beide Seiten im Krieg machen schlimme Dinge.
Sie verletzen die Menschenrechte. Das sind Regeln, die Menschen schützen sollen.
Menschen berichten:
- Es gibt Massenvergewaltigungen.
- Helfende Menschen werden angegriffen.
- Manche Menschen werden entführt oder getötet.

Viele Frauen und Mädchen sind besonders in Gefahr.
Die UN haben viele Fälle von sexueller Gewalt aufgeschrieben.
Aber die echte Zahl ist wahrscheinlich viel größer.
Beide Seiten benutzen Drohnen, um Märkte, Schulen und wichtige Orte anzugreifen.

Die RSF ist besonders gewalttätig gegen bestimmte Gruppen.
Zum Beispiel gegen Menschen in Darfur.
Hier gibt es Berichte über gezielte Tötungen, Vertreibungen und Gewalt gegen Frauen.
Die UN sagen: Die Gewalt der RSF ist wie ein Genozid.
Genozid bedeutet: Viele Menschen werden getötet, weil sie zu einer bestimmten Gruppe gehören.
Diese Gewalt gab es in Darfur schon früher.

Die UN haben am 6. Juli eine Resolution gemacht.
Das ist ein wichtiger Beschluss.
Sie verurteilen die Gewalt der RSF und warnen vor noch mehr Gewalt.
Die UN wollen eine unabhängige Untersuchung.
Wir finden: Diese Verbrechen müssen untersucht werden.
Die Täter dürfen nicht ohne Strafe davonkommen.

Internationale und deutsche Verantwortung

Andere Länder helfen den Gruppen im Krieg.
Manche Länder schicken Geld, Waffen oder andere Unterstützung.
Besonders die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) helfen der RSF. Die UN haben das herausgefunden.

Die VAE wollen mehr Einfluss haben. Zum Beispiel für den Handel und für Gold aus dem Sudan.
Auch andere Länder wie Ägypten, Saudi-Arabien und die Türkei helfen der sudanesischen Armee.

Deutschland hat auch Verantwortung.
Deutschland verkauft Waffen in die VAE.
Das kann gefährlich sein, denn die Waffen könnten im Sudan benutzt werden.
Das darf nicht sein, denn dadurch werden viele Menschen getötet.

Der Krieg wird immer komplizierter.
Im Sudan kämpfen immer mehr verschiedene Gruppen.
Das macht es schwer, Frieden zu bekommen.
Deutschland muss den Menschen im Sudan helfen.
Es darf niemand gezwungen werden, nach Sudan zurückzugehen.
Die Grüne Jugend fordert: Stoppt Abschiebungen in den Sudan.
Deutschland soll wichtige Hilfe anbieten, zum Beispiel psychologische Betreuung.
Visa und Einreise müssen einfach und schnell werden.

Bisher gab es keinen echten Frieden.
Es gab keine guten Waffenstillstände.
Die internationale Gemeinschaft muss sich für Frieden einsetzen.
Die Menschen im Sudan müssen mitreden dürfen.
Besonders Frauen und junge Menschen brauchen Unterstützung.
Deutschland und die EU sollen sofort bei Friedensgesprächen helfen.

In Deutschland wird zu wenig über den Sudan gesprochen.
Das Leiden der Menschen ist kaum zu hören.
Das muss sich ändern.

Beschluss (Forderungen der GRÜNEN JUGEND Berlin)

1. Sofortiger Waffenstillstand im Sudan.
2. Hilfe für die Menschen im Sudan, besonders in Not.
3. Deutschland soll keine Waffen mehr an die VAE verkaufen.
4. Die EU soll keine Waffen mehr in den Sudan bringen.
5. Ein Freihandelsabkommen mit der VAE nur, wenn sie keine Hilfe für Gewalt im Sudan leistet.
6. Verbot von Waffen für alle Gruppen im Sudan.
7. Strafe für Menschen und Firmen, die den Krieg unterstützen.
8. Die Finanzströme der Konfliktparteien besser überprüfen und bestrafen.
9. Kriegsverbrechen im Sudan müssen untersucht werden.
10. Besonders sexuelle Gewalt muss untersucht werden.
11. Unterstützung für die sudanesische Zivilgesellschaft und demokratische Gruppen.
12. Flucht und Aufnahme müssen einfach und sicher sein, zum Beispiel durch schnelle Visa.
13. Keine Abschiebungen in den Sudan.
14. Deutschland soll bei internationalen Untersuchungen helfen.
15. Mehr Berichte in den Medien über Sudan.
16. Die sudanesische Gesellschaft muss bei Friedensprozessen mitmachen dürfen.

Forderungen an den Berliner Senat

- Berlin soll ein Aufnahmeprogramm für besonders gefährdete Menschen aus dem Sudan machen.
- Deutschland soll mehr Menschen aus dem Sudan aufnehmen und helfen.
- Besonders gefährdete Geflüchtete sollen Unterstützung bekommen.
- Berlin soll ein Ort werden, wo Menschen aus dem Sudan sich treffen und Hilfe bekommen.
- Berlin soll sudanesische Organisationen unterstützen, z.B. mit Geld und Veranstaltungen.
- Informationen und Bildungsangebote über den Sudan sollen gefördert werden.

Die Menschen im Sudan sollen nicht schlechter behandelt werden als andere.
Menschenrechte und das Völkerrecht müssen überall gelten.
Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht wichtiger sein als das Leben von Menschen.

Begründung

Die Lage im Sudan ist sehr dramatisch, aber nimmt kaum Raum in der medialen und politischen Debatte in der deutschen und westlichen Öffentlichkeit ein. Das Leiden der sudanesischen Bevölkerung geschieht fernab von jedem öffentlichen Aufschrei der internationalen Staatengemeinschaft. Das muss sich ändern. Dieser Antrag soll einen ersten Schritt in diese Richtung gehen und ein wenig mehr Aufmerksamkeit für das Thema auch bei uns in der Grünen Jugend schaffen.